

Neuer Anlauf für eine obligatorische Zahnversicherung

Am 25. September stimmt die Neuenburger Stimmbevölkerung über die Einführung einer obligatorischen Zahnversicherung ab. **Die SSO stellt sich gegen ein Versicherungsobligatorium** und streicht – wie bei den erfolgreichen Abstimmungskampagnen in der Waadt und in Genf – die Vorzüge des bestehenden Modells heraus.

Text: Markus Gubler, Kommunikation SSO; Grafik: zvg

Am 25. September entscheidet die Neuenburger Stimmbevölkerung über die Einführung einer kantonalen, obligatorischen Zahnversicherung. Es ist die dritte Abstimmung dieser Art: Im März 2018 haben die Stimmberechtigten im Kanton Waadt eine Volksinitiative für eine obligatorische Zahnversicherung mit 57,57 Prozent abgelehnt. Ein knappes Jahr später, im Februar 2019, wurde im Kanton Genf dasselbe Anliegen mit 54,76 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Die Initianten im Kanton Neuenburg stellen nun dieselben Forderungen: Über Lohnabgaben von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird eine Zahnversicherung finanziert. Dadurch sollten Geringverdienende und sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten leichter Zugang zu zahnmedizinischen Leistungen erhalten.

Gefährdete Therapiefreiheit

So hehr das Ziel, so folgenreich ist die Forderung der Initianten. Die Schaffung

einer obligatorischen Zahnversicherung käme einem grundlegenden Systemwechsel gleich. Heute müssen Patientinnen und Patienten ihre Zahnartzkosten in den meisten Fällen selbst bezahlen. Dafür können sie mitreden: Patient und

Chance, ihre Zähne ein Leben lang gesund zu erhalten. Auch dank dieser flächendeckenden Prophylaxe in Schweizer Schulen ist Karies bei Kindern in den letzten 50 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen.

Käme eine Versicherung für die Behandlung auf, bestimmt sie auch mit, was im Mund des Patienten geschieht.

Zahnarzt legen die Behandlung gemeinsam fest. Käme eine Versicherung für die Behandlung auf, bestimmt sie auch mit, was im Mund des Patienten geschieht. Die Therapiefreiheit wäre gefährdet.

Teurere Zahnmedizin, weniger Geld für die Prävention

Heute bewirken Therapiefreiheit und Eigenverantwortung der Patienten, dass die Kosten für zahnärztliche Leistungen vergleichsweise moderat steigen. Eine staatliche Versicherung erzielt keinen solchen kostendämpfenden Effekt. Dazu kommt: Bei einem Versicherungsobligatorium bestünde die reelle Gefahr, dass sich Kantone und Gemeinden aus der Prävention zurückziehen. Warum in Prävention investieren, wenn eine kantonale Versicherung die Behandlung der Zahnschäden übernimmt? Leidtragende wäre in erster Linie die Schulzahnpflege. Dabei bildet diese schweizweit die wichtigste Grundlage für die zahnmedizinische Betreuung von Kindern und Jugendlichen: Sie gibt allen dieselbe

Auffangnetz der sozialen Zahnmedizin

Die Initianten argumentieren, dass im heutigen System sozial benachteiligte Menschen den Zahnarzt nicht bezahlen können und deshalb auf eine Zahnbehandlung verzichten. Gemäss Bundesamt für Statistik betrifft dies aktuell 2,9 Prozent der gesamten Schweizer Bevölkerung. Armutsgefährdete Personen können aber schon heute finanzielle Unterstützung für Zahnbehandlungen beantragen, egal ob sie Sozialhilfe in Anspruch nehmen oder nicht. Auch Sozialversicherungen übernehmen Kosten von zahnärztlichen Behandlungen, z.B. bei Geburtsgebrechen, Unfall oder Invalidität. Darüber hinaus unterstützen Hilfswerke und spezielle Fonds gewisser Wohngemeinden Betroffene finanziell.

Gezielt fördern statt obligatorisch versichern

Unterstützungsleistungen sind also vorhanden. Doch in weiten Bevölkerungskreisen herrscht ein Informationsdefizit. Bei Personen mit tiefer Schulbildung ist

SSO begleitet die kantonale Nein-Kampagne

Die SSO begleitet die kantonale Nein-Kampagne mit gezielten Massnahmen. In Zahnarztpraxen werden Falzflyer abgegeben. Und auf Facebook und Instagram warnen animierte Posts vor den Folgen eines Versicherungsobligatoriums. Mehr dazu unter www.sso.ch/nein-zur-obligatorischen-zahnversicherung



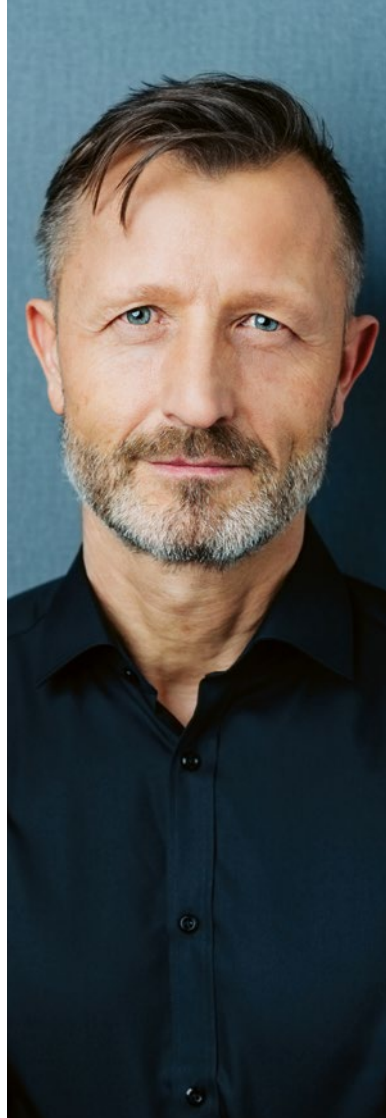
der Informationsmangel noch ausgeprägter. Ausgerechnet jene Patientinnen und Patienten, die eher auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, klären ihre rechtlichen Ansprüche am wenigsten ab. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Gesundheitsökonom Willy Oggier. Statt eines teuren Versicherungsobligatoriums schlägt Oggier vor, Prävention und Eigenverantwortung zielgruppenspezifisch zu fördern, beispielsweise durch gezielte Aufklärungsarbeit.

Hier setzt ein Pilotprojekt an, das die SSO und die SSO Fribourg im Juni lanciert haben. Mittels gedruckter Broschüren und einer Online-Informationenkampagne werden Personen mit Anspruch auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen sowie Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen über Mundhygiene und Hilfsangebote informiert. Zusätzlich geben die SSO Fribourg und Caritas Fribourg eine konkrete Hilfestellung: Personen mit kleinem Einkommen erhalten das «Label Caritas-SSO» und können sich bei SSO-Zahnärzten im Kanton Fribourg zum Sozialtarif behandeln lassen.

Zahnversicherung garantiert keine umfassende Versorgung

Untersuchungen aus Frankreich, Deutschland sowie Österreich belegen, dass trotz staatlichen Sozialversicherungen zahlreiche Menschen aus finanziellen Gründen auf zahnärztliche Behandlungen verzichten. Der Grund: Versicherungen übernehmen nur einfache, ökonomische Behandlungen und erstatten die Zahnarztkosten auch nicht vollumfänglich. Kronen, Implantate und rein ästhetische Eingriffe müsste der Patient nach wie vor selbst vergüten. Er bezahlt damit letztlich doppelt: für die Versicherung und die Zahnbehandlung. Das heutige System der Zahnpflege in der Schweiz hat sich bewährt. Eine obligatorische, dirigistische Zahnversicherung sorgt nicht für Verbesserungen, sondern für höhere Kosten, mindere Qualität und mehr Administration.

Die SSO stellt sich gegen ein Versicherungsobligatorium und unterstützt ihre betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Kanton Neuenburg. Auf Facebook und Instagram warnt sie mit animierten Posts gezielt vor den Folgen eines Versicherungsobligatoriums.



« Une assurance dentaire cantonale entraînera de nouveaux impôts. »

« Je ne veux pas qu'une assurance obligatoire me dicte quel traitement choisir. »

